

# Die substanzielle Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik: Eine empirische Analyse der Bürgermeisterkandidaturen in NRW 2020

Lars Holtkamp<sup>1</sup>/Frederik Müller<sup>2</sup>/Elke Wiechmann<sup>3</sup>

## 1. Einleitung

Die Genderforschung in der männlich dominierten Politikwissenschaft ist immer noch eine kleine Nische (Wilde/Bomert 2019: 668). Dementsprechend liegen zur substanziellen Repräsentation von Frauen in der bundesdeutschen Politik (Präferenzen und Umsetzung von Fraueninteressen<sup>4</sup>), anders als beispielsweise für die USA, nur wenige empirische Studien vor. Die meisten Analysen konzentrieren sich für Deutschland auf die deskriptive Repräsentanz, womit sich zunehmend auch der Mainstream der Parteienforschung befasst mit zum Teil kuriosen Befunden. So kann man lesen, dass „keineswegs die Rede davon sein [kann], dass höhere Positionen weniger oft von Frauen als von Männern eingenommen werden“ (Höhne 2019: 15). Diese Aussage ist natürlich nicht richtig, wenn man sich allein die wenigen Ministerpräsidentinnen in der Geschichte der deutschen Bundesländer vor Augen führt. Für die kommunale Ebene ist das ebenfalls falsch. In einer repräsentativen Umfrage wurden Bürgermeister\_innen im Jahr 2020 befragt. Ergebnis war, dass in den Kommunen über 20.000 Einwohner\_innen lediglich 6% Frauen unter den Bürgermeister\_innen waren (Mahler Walther/Lukoschat 2020). Im Vergleich zu früheren Befragungen ist der Frauenanteil nicht gewachsen. Lediglich in den kleinsten Kommunen, in denen dieses Amt häufig lediglich ehrenamtlich ausgeübt wird, ist der Frauenanteil deutlich höher. Fast jede zweite Bürgermeisterin arbeitet ehrenamtlich, während bei den Männern nur ein Viertel diese Position ehrenamtlich ausübt (Mahler Walther/Lukoschat 2020: 7; Najemnik 2021: 152). Hier sind also vorwiegend Frauen in der ‚Ehrenamtsfalle‘ bzw. bekommen in den kleinen Gemeinden eine vergleichsweise niedrige Besoldung. Europaweit liegt der Frauenanteil unter den Bürgermeister\_innen einer Unter-

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Lars Holtkamp leitet das Lehrgebiet Politik und Verwaltung am Institut für Politikwissenschaft an der Fernuniversität in Hagen.

<sup>2</sup> Frederik Müller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrgebiet Politik und Verwaltung am Institut für Politikwissenschaft an der Fernuniversität in Hagen.

<sup>3</sup> Dr. Elke Wiechmann ist Akademische Oberrätin am Lehrgebiet Politik und Verwaltung am Institut für Politikwissenschaft an der Fernuniversität in Hagen.

<sup>4</sup> Da Frauen keine homogene Gruppe bilden, kann ihnen auch kein generelles gemeinsames Interesse unterstellt werden. Fraueninteressen lassen sich dennoch allgemeiner als Verbesserung der Situation von Frauen fassen. Dazu können etwa geschlechtsspezifische defizitorientierte Zuschreibungen gehören oder eingeschränkte Entfaltungsräume und -möglichkeiten, schlägt etwa Hierath vor (2001: 144f.).

suchung zufolge bei ca. 17% (Holtkamp/Wiechmann 2022; vgl. ähnlich auf anderer Datengrundlage EAF 2021: 4f.), wobei Deutschland kontinuierlich unter diesem Durchschnittswert liegt (vgl. Riethmüller 2021). Nach der Auswertung aktueller Daten für das Jahr 2021 verharret Deutschland weiter unter 10% bei einem EU-Schnitt von mittlerweile 17,2%. Damit liegt Deutschland im EU-Vergleich auf Platz 21 von 27 Ländern. Diese untere Platzierung gilt ebenfalls für den Stadtrat. In dieser massiven Unterrepräsentanz sehen wir durchaus politischen Handlungsbedarf, den die national ausgerichtete Parteienforschung kaum in den Blick nimmt (Holtkamp/Wiechmann 2022). Vielmehr wird postuliert, dass sich die Berufspolitik allein aus der Parteimitgliedschaft rekrutiert (Höhne 2020) und deshalb auch kein höherer Frauenanteil in der Politik zu erwarten sei, da sich zu wenige Frauen in den Parteien engagieren. Abgesehen davon, dass diese Vorstellung angesichts der weiter sinkenden Anzahl der Parteimitgliedschaften bereits normativ problematisch ist, die sich schon aufgrund der Altersstruktur in den meisten Parteien weiter fortsetzen wird (Holtkamp 2017), trifft dieses Argument bei Bürgermeisterwahlen auch empirisch nicht zu. Auf der kommunalen Ebene wählen die Bürger\_innen häufiger parteilose Bürgermeisterkandidaturen als Berufspolitiker\_innen und gerade die Wählergemeinschaften nehmen deutlich zu. Die Bezugsgröße zur Ermittlung von Frauenunterrepräsentanz kann deshalb nicht der Anteil der weiblichen Parteimitglieder sein, sondern muss sich auf die ganze Wählerschaft beziehen. Damit ist trotz aller Relativierungsversuche des Mainstreams klar, dass die (weibliche) Mehrheit der Wählerschaft gerade bei den Bürgermeister\_innen extrem unterrepräsentiert ist.

Ein Grund<sup>5</sup>, der für eine höhere deskriptive Frauenrepräsentanz immer wieder normativ angeführt wird ist, dass so die Interessen und Sichtweisen von Frauen stärker in die Politik eingebracht und umgesetzt werden, wovon durchaus beide Geschlechter profitieren könnten. Auf eine höhere deskriptive Repräsentation soll damit auch eine höhere substanzielle Repräsentation folgen (z. B. als Policy-Output mehr Kinderkrippen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie insbesondere für Frauen, aber auch für einige Männer verbessern könnten), wobei der Zusammenhang keineswegs linear ist und noch von einigen anderen Faktoren abhängt. Deskriptive Repräsentation „ist notwendig, aber nicht hinreichend für substanzielle Repräsentanz“ (Fuchs 2020: 261)<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> Ein noch gewichtigeres Argument ist, dass die starke Repräsentationslücke darauf hindeutet, dass Frauen nicht die gleichen Zugangschancen zur politischen Elite haben wie Männer. Diese politische Ungleichheit ist nur schwer in modernen Demokratien legitimierbar und ist mit dem Grundgesetz kaum vereinbar (vgl. Wiechmann 2019; Wiechmann 2020; Laskowski 2014: 93ff.).

<sup>6</sup> Damit ist auch klar, dass die Hypothese von der kritischen Masse so nicht mehr haltbar ist. Danach wurde unterstellt, dass erst wenn die deskriptive Repräsentanz von Frauen über 30% steige, die substanzielle Repräsentation von Fraueninteressen realisiert würde. Das Konzept der kritischen Masse ist zu mechanisch, u.a. weil schon bei niedriger deskriptiver Repräsentanz eine substanzielle Repräsentanz erreicht werden kann (vgl. Baskaran/Hessami 2019) und berücksichtigt weder den

In diesem Beitrag konzentrieren wir uns im Folgenden weitgehend auf die substantielle Repräsentation und geben zunächst einen kurzen Überblick über die damit verbundenen Fragestellungen und den empirischen Forschungsstand. Daran anschließend werden kurz die theoretischen Erklärungsversuche für die unterschiedlichen politischen Präferenzen und den variierenden Policy-Output im Geschlechtervergleich angerissen und damit der Überblick im ersten Kapitel abgerundet. Zweitens legen wir eine multivariate Analyse der Geschlechterunterschiede bei den politischen Präferenzen der Bürgermeisterkandidaturen vor, nachdem wir nur sehr kurz auf die deskriptive Repräsentanz in unserem Sample eingegangen sind. Wir stützen uns dabei auf eine Online-Befragung aller Bürgermeisterkandidaturen anlässlich der Bürgermeisterwahlen 2020 in NRW, die mit Mitteln der Genderforschungsförderung der Fernuniversität Hagen finanziert wurde. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und weitere Forschungsperspektiven aufgezeigt.

## 2. Fragestellungen und empirischer Forschungsstand zur substantiellen Repräsentation

Die komplexe Frage nach der substantiellen Repräsentation von Frauen lässt sich im Kern in drei Teilfragen untergliedern (vgl. Brunsbach 2011: 5):

- *Gibt es, erstens, unterschiedliche Problemwahrnehmungen, Erfahrungshintergründe und politische Prioritätensetzung der Parlamentarier\_innen bzw. Bürgermeisterkandidaturen getrennt nach Geschlecht?*
- *Lässt sich, zweitens, getrennt nach diesen Kategorien auch ein unterschiedliches Handeln der Repräsentant\_innen in politischen Beratungs- und Entscheidungskontexten entsprechend den differenten Präferenzen verzeichnen?*
- *Führt dies, drittens, zu einem unterschiedlichen Policy-Output?*

Bei der substantiellen Repräsentation wurde, gerade im Zusammenhang mit der Untersuchung konservativer Politikerinnen, weiterhin zwischen Fraueninteressen und feministischen Perspektiven unterschieden. Letztere Repräsentanzform setzt im Kern die Positionen der Frauenbewegung und führenden Feministinnen um (Celis/Childs 2018: 18), die von einer strukturellen Benachteiligung von Frauen

---

Einfluss von einzelnen einflussreichen Akteur\_innen (Frauen und Männer) und Parteien in Form von Fraktionsdisziplin noch von variierenden institutionellen Rahmenbedingungen (Wängnerud 2009: 60). Einige Autor\_innen vertreten daher die Haltung, dass nicht allein die Zahl von Frauen in entsprechenden Positionen, die eine sogenannte „critical mass“ (Blome/Fuchs 2017: 62) bilden, entscheidend ist, um Fortschritte erzielen zu können, sondern eher, dass Personen, egal welcher politischen Couleur, sog. „critical acts“ (Blome/Fuchs 2017: 63) anstreben und tätigen müssten, um sich (erfolgreich) für Fraueninteressen einzusetzen (Höhmänn 2021).

ausgeht, der nur durch klare und hohe Frauenquoten begegnet werden kann. Diese Position wird beispielsweise von relativ vielen Frauen in der CDU nicht geteilt, weil sie befürchten, sich sonst als Quotenfrauen ohne inhaltliche Kompetenz zu disqualifizieren (Holtkamp/Schnittke 2010). Empirisch ist dieser Vorwurf nicht haltbar, weil durch Frauenquoten, gemessen am Ausbildungsniveau, sehr qualifizierte Frauen in die Parlamente einziehen und weniger kompetente Männer ersetzen, sodass Parteien in der Folgezeit dazu tendieren, kompetentere Männer zu rekrutieren. Quoten steigern also die Kompetenz von Parlamentarier\_innen insgesamt (Krook/Zetterberg 2014: 287; Besley et al. 2017). Während sich die CDU-Frauen möglicherweise mit feministischen Positionen schwertun, dürften sie aber in der Regel durchaus die empirisch nachgewiesenen Interessen von Frauen in der Wählerschaft umsetzen wollen (etwa Ausbau der Kinderbetreuung).

Internationale Studien haben in den letzten Jahren deutlich gezeigt, dass Frauen bei den politischen Prioritäten und deren Umsetzung einen Unterschied machen. Hinsichtlich der Prioritäten und der Umsetzung in parlamentarisches Handeln wird der internationale Forschungsstand anhand der Auswertung vieler empirischer Studien wie folgt bilanziert:

„They show that female legislators have different priorities than male MPs and that they see themselves as representatives of the female electorate that they increasingly engage in plenary and committee debates on women-specific interests and they introduce more law initiatives on women-specific interests; on the other hand, however, scholars have begun to question how strong the postulated connection between women’s descriptive and substantive representation actually is“ (Hömann 2021: 12).

In einem aktuellen Überblick über die vielen internationalen Studien zum tatsächlichen Policy-Output insbesondere für die kommunale Ebene kommen die Autoren Hessami und Lopes da Fonseca zu folgenden belastbaren Zusammenhängen (ebd. 2020: 8-9):

Empirisch konnte nachgewiesen werden, dass Parlamentarierinnen eher die Prioritäten der Wählerinnen vertreten und eher der Sozial-, Familien- und Care-Politik einen höheren Stellenwert einräumen als Männer, und sie dies häufiger umsetzen (vgl. auch Wängnerud 2009: 62; O’Brien/Piscopo 2018: 66;). Insbesondere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden von Politikerinnen stärker umgesetzt (Elsässer/Schäfer 2018: 676). Selbst bei stärkeren finanziellen Restriktionen in den Kommunen werden diese Prioritäten für sozialstaatliche Interventionen von Bürgermeisterinnen eher implementiert (Holman 2014: 710).

Frauen setzen empirisch nachgewiesen eher auf Friedenssicherung, Abbruch von Kriegen und Friedensverhandlungen (Best et al. 2019; Hessami/Lopes da Fonseca 2020: 12f.). Sie forcieren Korruptionsbekämpfung und politische Transparenz. So wurde beispielsweise für italienische Kommunen nachgewiesen, dass mit steigendem Frauenanteil im Stadtrat die Infiltration durch die Mafia zurückgeht

(Baraldi/Ronza 2019). Als Bürgermeisterinnen realisieren sie die politische Transparenz mit mehr Bürgerbeteiligung bis hin zu informativeren Internetseiten der Stadt (Holman 2017: 289f.; Herrero-Gutierrez et al. 2021).

Auch wenn es einzelne Studien gibt, die diese klaren Geschlechterunterschiede relativieren, wurden diese Unterschiede immer öfter bestätigt. So gehört es mittlerweile zum Forschungsstand, dass Frauen einen Unterschied in vielen Politikfeldern machen, der als empirisch gesichert angesehen werden kann.

Allerdings ist der empirische Forschungsstand für bundesdeutsche Kommunen sehr defizitär, obwohl diese allein schon aufgrund der hohen Fallzahlen für quantitative Analysen am geeignetsten wären. Danach sprechen Frauen in den kommunalen Räten öfter zu Fragen der Kinderbetreuung und forcieren die städtischen Ausgaben für Angebote in diesem Politikfeld (Baskaran/Hessami 2019).

Die Unterschiede insbesondere bei der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine daraus resultierende Kinderbetreuungspolitik treffen insbesondere Frauen, die empirisch einen Großteil der Sorgearbeit leisten und zugleich beruflich tätig sind. Bei dieser bisher gegebenen sozialen Ungleichheit dürften Frauen im Durchschnitt stärker von dem Ausbau der Betreuungspolitik profitieren als Männer. Warum Politikerinnen stärker für einen Ausbau der Betreuungsangebote votieren, ist somit mit klassischen Repräsentationstheorien der Genderforschung (Phillips 1995; Mansbridge 1999) hinreichend zu erklären: Frauen interessieren sich stärker für die Probleme der weiblichen Wählerschaft. Sie kennen persönlich die Probleme im Umfeld und haben diese häufiger selbst erfahren. Sie stehen stärker im Kontakt mit Frauenbewegungen und staatlichen Gleichstellungsinstitutionen, für die ungleiche Betreuungsrelationen und möglichen Hilfsangebote eines der zentralen Themen sind. Dies lässt sich aus der Rational-Choice-Perspektive erklären, wonach Politikerinnen insbesondere Frauen als gesellschaftliche Mehrheit mobilisieren wollen, um ihre eigene Wiederwahl zu sichern. Weniger kann mit diesen Theorien erklärt werden, warum Politikerinnen stärker auf Bürgerbeteiligung, Transparenz, Friedenssicherung, Korruptionsbekämpfung und Sozialpolitik setzen. Allerdings könnte man anführen, dass Frauen als gesellschaftliche Mehrheit historisch in der Regel marginalisiert wurden und dementsprechend stärker zu gemeinwohlorientierten Politiken tendieren könnten.

Zunächst ist zumindest festzuhalten, dass von diesen politischen Präferenzen von Frauen fast die ganze Gesellschaft und Wählerschaft profitieren kann, was ein zusätzliches Argument für die Förderung deskriptiver und substanzieller Frauenrepräsentanz ist. Allerdings ist es wichtig, die Mechanismen offenzulegen, die hinter diesem unterschiedlichen Regierungsverhalten stehen, um sich darüber zu vergewissern, wie konstant diese Unterschiede sind, und ob es sich hierbei nicht um eher zufällige Scheinkorrelationen handelt.

Als zusätzlicher Ansatz, der weniger eine individuelle Rational-Choice Perspektive einnimmt, sondern eher aus der (politischen) Psychologie und der Ökonomie kommt, wird häufiger angenommen, dass sich im Kern die sozialisationsbedingten unterschiedlichen Präferenzen auch in diesem unterschiedlichen Policy-Output widerspiegeln.

Frauen handeln nach diesem Ansatz sozialisationsbedingt stärker risikoavers bzw. ziehen sich aus Konflikten zurück und zeigen eher ein prosoziales Verhalten<sup>7</sup> als Männer, wollen also nicht nur ihren eigenen Nutzen maximieren, sondern auch den Nutzen anderer bzw. der Gesellschaft (Mendelberg/Karpowitz 2016). Diese unterschiedlichen Genderpräferenzen nehmen nicht mit zunehmendem ökonomischen Entwicklungsstand und höheren Gleichstellungsstandards eines Staates ab, sondern zu, da hierdurch mehr Freiheiten insbesondere für Frauen entstehen, die unterschiedlichen Präferenzen zu realisieren (Falk/Hermle 2018). Der gesellschaftliche Nutzen eines politischen Amtes ist somit für Frauen wichtiger und sie tendieren seltener als Männer zu starker Selbstdarstellung und politischem Wettbewerb in der Politik, wie es mehrfach in Gruppenexperimenten und Befragungen von Politiker\_innen in der internationalen Forschung nachgewiesen wurde (vgl. Schneider et al. 2015: 518; Coffé/Davidson-Schmich 2020: 246). Während sich Männer im Durchschnitt stärker an risikoreichen Situationen beteiligen, tendieren Frauen eher dazu, sich nicht in solche Situationen zu bringen (Croson/Gneezy 2009: 6).

Dieser empirisch konstatierte Geschlechterunterschied (im Gegensatz zu Genderstereotypen) wird zunehmend in der politikwissenschaftlichen Genderforschung in Deutschland berücksichtigt. Der empirische Forschungsstand wird wie folgt beschrieben:

„... dass Frauen im Vergleich zu Männern eher konsensorientiert sind und ihre Meinung in geringerem Maße von Haus aus durchsetzen als Männer, dabei jedoch verantwortungsbewusster handeln.“ (Bieber 2013).

Bei der substanziellen Repräsentation könnte sich verantwortungsbewussteres Handeln und das skizzierte, risikoaverse und prosoziale Verhalten auch in anderem politischen Entscheidungsverhalten manifestieren, das insgesamt in einigen Politikfeldern zu besseren Politikergebnissen, nicht nur für Frauen, sondern für die Gesamtgesellschaft, führen könnte (z. B. Friedensicherung). Aber dies ist vorrangig empirisch zu beurteilen, um gängige Geschlechterstereotype zu vermeiden.

Diese beiden Erklärungsvariablen (risikoaverse und prosoziale Verhaltensorientierung) wurden in der Politikwissenschaft zunächst vor allem auf die Korruption und deren Bekämpfung angewendet, in dessen Folge erwartet wurde, dass Frauen

---

<sup>7</sup> Prosoziales Verhalten ist definiert als „überdauernde Tendenz, an die Rechte und das Wohl von anderen zu denken, Anteilnahme und Empathie zu empfinden und so zu handeln, dass es den anderen nützt“ (Levine/Manning 2014: 387).

einerseits das Risiko höher bewerten bei Korruption selbst entdeckt zu werden und andererseits den gesellschaftlichen und staatlichen Schaden von Korruption höher gewichten (Wängnerud 2018). In der Konsequenz wird daraus geschlossen, dass mehr Frauen in politischen Gremien und Positionen zu niedriger Korruption beitragen. Ähnlich wurde dieser Ansatz auch auf die Friedenspolitik und die Sozialpolitik bezogen (Ranehill/Weber 2017: 34f; Brieger et al. 2019).

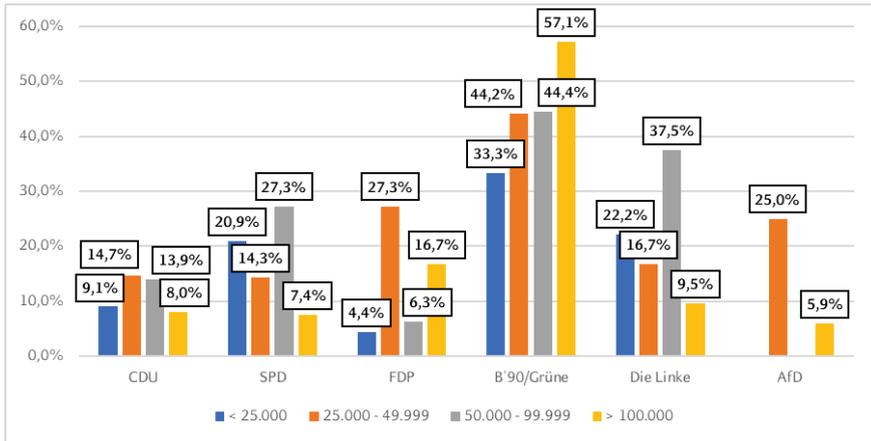
### **3. Empirische Befunde zur deskriptiven und substanziellen Repräsentation von Bürgermeisterkandidaturen in NRW**

Wir haben zu den Kommunalwahlen 2020 in NRW alle Bürgermeisterkandidaturen online befragt. Von den insgesamt 1.345 Personen, die bei den NRW-Bürgermeisterwahlen 2020 kandidierten, nahmen 551 Personen an der Befragung teil. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 41,0%. Darüber hinaus haben wir die erfolgreichen Kandidaturen nach der Wahl erhoben und ausgewertet (N=380).

#### **3.1 Deskriptive Repräsentation von Bürgermeisterkandidaturen in NRW**

Hinsichtlich der deskriptiven Repräsentanz bei den Bürgermeisterkandidaturen konnten wir die zuvor für ganz Deutschland nachgewiesenen Befunde (Holtkamp et al. 2020) unter Erfassung des ganzen Kandidatenfelds für NRW bestätigen. Danach stellen die CDU und die SPD prozentual die wenigsten Kandidatinnen auf und anders als bei den Gemeinderatswahlen sind es in den Großstädten besonders wenige. Offensichtlich gelingt es Männern dort eher als den Frauen, sich bei der parteiinternen Nominierung bei einem stärkeren Wettbewerb um den besonders prestigeträchtigen Oberbürgermeisterposten durchzusetzen. Denn es dürfte wohl kaum wahrscheinlich sein, dass diese starke Unterrepräsentanz auf die Wählerschaft oder einen zu kleinen Kandidatinnenpool zurückzuführen ist. Das gilt vor allem für die Großstädte, sodass hier das Nominierungsverhalten der Parteien ausschlaggebend sein dürfte, wenn man dem Marktmodell der Nominierungsforschung folgt (Norris 2004; Holtkamp et al 2020).

Abbildung 1: Anteil weiblicher Kandidaturen nach Parteien in %



Quelle: Eigene Erhebung, N der Fallkommunen = 380

Zudem wurde deutlich, dass die wenigen weiblichen Kandidaturen insbesondere bei der CDU dann aufgestellt werden, wenn die Wahlchancen sehr gering sind (Kandidatur gegen Amtsinhaber und Partei in der Diasporasituation). Das führte dazu, dass bei den gewählten Bürgermeister\_innen in unserem Sample die CDU prozentual die wenigsten erfolgreichen weiblichen Bürgermeisterkandidaturen stellte (vgl. Tabelle 1). Zugleich wird in der Tabelle deutlich, dass selbst in den stark parteipolitisierten Kommunen in NRW die Wähler\_innen viele Kandidaturen gewählt haben, die nicht von den Parteien aufgestellt wurden (Sonstige/WVG/Einzelbewerbung). Darunter sind prozentual nahezu so viele Frauen wie bei der SPD zu finden. Die Grünen erreichen hier den Spitzenwert mit einer paritätischen Repräsentation, bei allerdings zu erwartenden niedrigen Fallzahlen der siegreichen Kandidaturen.

Tabelle 1: Erfolgreiche Kandidaturen (nach Parteien) in %

	männlich	weiblich	N
CDU/CSU	93,7	6,3	191
SPD	83,7	16,3	92
FDP	80,0	20,0	5
B'90/Die Grünen	45,5	55,5	9
Sonstige/WVG/Einzelbewerbung	83,1	16,9	83
Insgesamt	87,6 (N = 333)	12,4 (N = 47)	380

Quelle: Eigene Erhebung, N der Fallkommunen = 380

Nach dieser nur kurzen Skizze der deskriptiven Repräsentanz in unserem Sample, soll nun ausführlicher und mit multiplen Regressionsanalysen auf die substantielle Repräsentation eingegangen werden, die im Mittelpunkt dieses Beitrags steht.

### 3.2 Substantielle Repräsentation von Bürgermeisterkandidaturen in NRW

Zur Bestimmung der substantiellen Frauenrepräsentanz wurden zunächst die allgemeinen *politischen Prioritätensetzungen* von Kandidat\_innen über 16 etablierte Items gemessen, die wesentliche Handlungs- und Problemfelder der Kommunalpolitik abbilden: Ver- und Entsorgung, Klimaschutz, Mobilität, Verkehrsinfrastruktur, Quartiersmanagement, öffentliche Sicherheit, Wirtschaftsförderung und Einzelhandel, Digitalisierung, Soziales, Senior\_innen und Gesundheit, Kinderbetreuung, Kinder- und Jugendhilfe, Bildung, Kulturförderung, Gleichstellung sowie Sport und Freizeit. Es wird davon ausgegangen, dass bei diesen möglichen Prioritäten politischer Kandidat\_innen nachweisbare und signifikante Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Kandidierenden bestehen (Lovenduski/Norris 2003; Sauer 2011; Bailer et al. 2021).

Die Hypothesen werden im Folgenden in zwei getrennten Blöcken empirisch geprüft. Zunächst werden die allgemeinen politischen Präferenzen der an der Befragung teilnehmenden Kandidat\_innen ausgewertet und überprüft, inwieweit signifikante Unterschiede im Antwortverhalten von Männern und Frauen vorliegen. Anschließend folgen die vorgenannten feministischen Themenstellungen.

Im Folgenden soll auf die Darstellung einzelner deskriptiver Befunde weitgehend verzichtet werden, weil das Verhältnis von Geschlecht und politischen Präferenzen von der Parteizugehörigkeit stark überlagert wird. Frauen werden insbesondere von den Grünen häufiger aufgestellt und vertreten damit wahrscheinlich eher linke Positionen bzw. sind stark für eine Frauenquote. Um diesen Effekt konstant zu halten, muss also die Parteizugehörigkeit in die Regressionsanalyse aufgenommen werden. Ein zweiter möglicher Effekt kann bei der Gemeindegröße erwartet werden. So kommt auch die von den unterschiedlichen Datenzugängen und der Methodik fortgeschrittenste Analyse der Kommunen in einem Bundesland zu dem Ergebnis, dass die Politik „je nach Gemeindegröße unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten folgt“ (Tausendpfund/Vetter 2017: 28) und es hierzu noch einen erheblichen Forschungsbedarf gibt. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die Gemeindegröße das Verhältnis von Geschlecht und Präferenzen überlagert, sodass diese Variable in die Regressionsanalyse aufgenommen wird.

Damit steht in der Regressionsanalyse die Frage im Vordergrund, ob es statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der politischen Positionierung gibt, wenn man den Einfluss der Parteirichtung und die Gemeindegröße konstant hält. Als Teil unseres Fragebogens haben wir diese Positionie-

rungen über die Einschätzung der Befragten ermittelt und gefragt, inwiefern sie im Falle eines Wahlsieges für bestimmte politische Themenfelder die kommunalen Ausgaben verringern, auf dem aktuellen Niveau belassen oder erhöhen wollen.

Bei zwei Positionierungen ergaben sich hochsignifikante Gendereffekte, die ebenfalls mit hoch signifikanten Effekten der politischen Richtung der Parteien einhergingen. Höhere Ausgaben für die Wirtschaftsförderung (vgl. Tabelle 2) werden weniger von Frauen als von Männern präferiert. Wirtschaftsförderung gilt eher als Männersache. Immer wieder sind Fotos in der Lokalpresse zu finden, in denen *Anzugträger in Gummistiefeln* den ersten Spatenstich machen und auf erfolgreiche Unternehmensansiedlungen oder deren verkehrliche Anbindung verweisen. Auch wenn die Kommune recht wenig für die Ansiedlung tun kann, werden in NRW immer wieder Gewerbegebiete oder Autobahnzubringer eingeweiht. Das ist zwar häufig nicht unbedingt effizient, aber für den Wahlkampf eine positive Inszenierung.

Gerade hier fallen die wichtigen Entscheidungen in der Regel im Bauausschuss, der eindeutig männlich dominiert ist. Auch in Großstädten werden beispielsweise Baudezernate überwiegend von Männern (83%) geführt. Zum Vergleich: Frauen stehen mit je 38% vor allem für Schule/Bildung und Kultur, also die eher *typischen* weichen Bereiche (Wiechmann 2020). Im gesamten Baubereich der öffentlichen Verwaltung, in der Politik und in der Privatwirtschaft sind Frauen in Führungspositionen sehr stark unterrepräsentiert. Das fängt bereits mit dem Studium an, wo etwa das Bauingenieurwesen in NRW derzeit nur zu 2,5%<sup>8</sup> von Frauen belegt wird. Hier herrscht also eine starke Diskrepanz zwischen Frauen und Männern, was wohl u.a. auf gängige Genderstereotype zurückzuführen ist.

**Tabelle 2: Regressionsergebnisse für das Item *Wirtschaftsförderung***

	Regressionskoeffizient	Signifikanz
<b>Geschlecht</b>	-0,770	.006*
<b>Links-Rechts-Dimension</b>	0,468	.000*
<b>Einwohnerzahl der Kommune</b>	0,056	.599

Quelle: Eigene Erhebung, N = 204, gültige N = 202

\* Effekte statistisch signifikant.

Der zweite hoch signifikante Politikbereich ist die Förderung des ÖPNV (vgl. Tabelle 3): Bürgermeisterkandidatinnen wollen im Falle ihres Wahlsiegs hierfür mehr Geld ausgeben als Männer, auch wenn man die Parteirichtung und die Gemeindegröße konstant hält, die hier ebenfalls einen Einfluss haben.

<sup>8</sup> Die Daten sind dem *Komm, mach MINT-Datentool* des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V. entnommen, welches Daten über die Zahlen und Anteile Studierender in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ab 1975 bereitstellt. Die jüngsten verfügbaren Daten stammen aus dem Studienjahr 2019 (vgl. ebd.).

Tabelle 3: Regressionsergebnisse für das Item *ÖPNV-Förderung*

	Regressionskoeffizient	Signifikanz
<b>Geschlecht</b>	-1,238	.002*
<b>Links-Rechts-Dimension</b>	-0,508	.000*
<b>Einwohnerzahl der Kommune</b>	0,223	.080**

Quelle: Eigene Erhebung, N = 204, gültige N = 202

\* Effekte statistisch signifikant.

\*\* Effekt bei einseitigem Hypothesentest auch mit Wert bis .10 noch signifikant.

So wurde in der Diskussion über *feministische Verkehrspolitik* mehrfach empirisch belegt:

„dass für Frauen sog. ‚Wegekettten‘, auf denen sie mehrere Dinge hintereinander erledigen (von der Wohnung über den Kindergarten zur Erwerbsarbeit und danach über einige Läden zurück zur Wohnung) typisch sind, während der männliche Durchschnittserwerbstätige im Vergleich dazu einfache Wegestrukturen aufweist: Von der Wohnung zur Arbeit und zurück (mit einem gelegentlichen Umweg über Bordell oder Kneipe, der aber nicht weiter thematisiert wurde). Obwohl der in aller Regel radial auf das Zentrum ausgerichtete öffentliche Nahverkehr für die Mobilitätsstrukturen erwerbstätiger Männer geradezu prädestiniert ist, während die komplexen Mobilitätsstrukturen doppelt belasteter Frauen ein flächenerschließendes Verkehrsmittel erfordern“ (Becker 2008: 800).

Aber gerade die Verhältnisse auf dem Lande sind für Frauen besonders prekär. Der Mann fährt mit dem Auto zur Arbeit und viele Familien können sich keine zwei Autos leisten. Folge ist, bei kaum vorhandenem ÖPNV auf dem Lande, eine regelrechte *Frauenfalle*, die insbesondere auch Alleinerziehende bei schmalen Budget treffen kann. Zwar ist auch bei der Mobilität eine gewisse Konvergenz des Geschlechterverhaltens zu erkennen, aber das Mobilitätsverhalten von Frauen verändert sich „nach der Familiengründung deutlich in Richtung traditioneller Rollenzuschreibung. Im Gegensatz dazu stehen Männer, deren Mobilitätsmuster wesentlich stärker durch Ereignisse im Berufsleben beeinflusst werden“ (Rückert-John et al. 2020: 55).

Zudem setzt das Mobilitätsverhalten von Frauen deutlich weniger Luftschadstoffe frei, von denen sie negativer betroffen sind als Männer (ebd.: 58). In diesem Politikfeld gibt es also erhebliche Geschlechterunterschiede, die die befragten Bürgermeisterkandidatinnen mit Fokus auf die weiblichen Mobilitätsbedarfe offensichtlich stärker repräsentieren wollen.

Bei den einbezogenen *feministischen Themenstellungen* stellen sich nicht immer signifikante Zusammenhänge heraus. Sowohl für die Frage danach, ob Frauenorganisationen noch immer erforderlich sind, als auch bei der Einschätzung von Kandidat\_innen, ob sie sich nach einem Wahlerfolg für Frauen engagieren würden, sind die Ergebnisse nicht signifikant und bleiben bei der Analyse in diesem Abschnitt außen vor. Gleichwohl gibt es eine Reihe anderer Fragestellungen, bei

denen es deutliche Unterschiede (im hoch signifikanten Maße) im Antwortverhalten gibt.

Der Notwendigkeit einer *Quotenregelung* stimmen deutlich mehr Frauen als Männer zu. Ebenso bei der Frage, ob Frauen und Männer bereits heute gleichberechtigt sind, stimmen Frauen mehrheitlich mit „nein“, Männer sind mehrheitlich geteilter Meinung oder stimmen mit „ja“. Den Einsatz der Politik für *Chancengleichheit* sehen beide Gruppen mit überwältigender Mehrheit als wichtig an, doch liegen hierbei auch insgesamt 12% der männlichen Kandidierenden im mittleren Bereich bzw. verneinen, dass man sich in der Politik um Chancengleichheit bemühen sollte. Diskrepanzen in den Einschätzungen bezüglich feministischer Positionen – die über die hier gewählten Items entlang der internationalen politikwissenschaftlichen Genderforschung (z.B. Erzeel/Celis 2016) erfasst sind – könnten möglicherweise darin begründet sein, dass männliche Kandidierende, aufgrund fehlender persönlicher Erfahrungen mit Ungleichheit und/oder geschlechtsspezifischer Diskriminierung, faktisch bestehende Ungleichheiten nicht als gravierende Problemstellung wahrnehmen.

Die Ergebnisse der multivariaten Analyse zeigen, dass Frauen im hoch signifikanten Maße die Quote stärker befürworten als Männer – auch bei Kontrolle der politischen Richtung der Partei und der Gemeindegröße. Zudem steigt bei eher linken Parteien die Befürwortung der Quote an. Schaut man sich die Verteilung in den beiden Parteien Bündnis 90/Die Grünen und CDU noch einmal genauer an (Abbildungen 2 & 3), wird deutlich, dass bei den Grünen eine übergroße Mehrheit von Frauen und Männern die Quotenposition (eher) befürworten. Das bestätigt die Befunde internationaler Studien, wonach Feminismus schon zu den ideologischen Wurzeln der Partei gehört, der von Frauen und Männern weitgehend geteilt wird (vgl. Bick 2019).

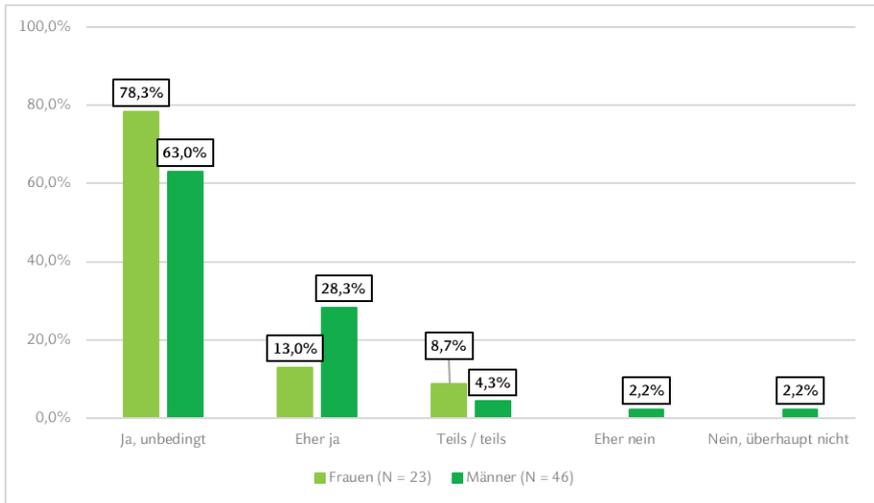
**Tabelle 4: „Halten Sie eine Quotenregelung für Frauen und Männer in der Politik für sinnvoll, um mehr Frauen in Mandate zu bringen?“**

	Koeffizient	Signifikanz
<b>Geschlecht</b>	1,043	.000*
<b>Links-Rechts-Dimension</b>	1,074	.000*
<b>Einwohnerzahl der Kommune</b>	-0,060	.567

Quelle: Eigene Erhebung, N = 551, gültige N = 548

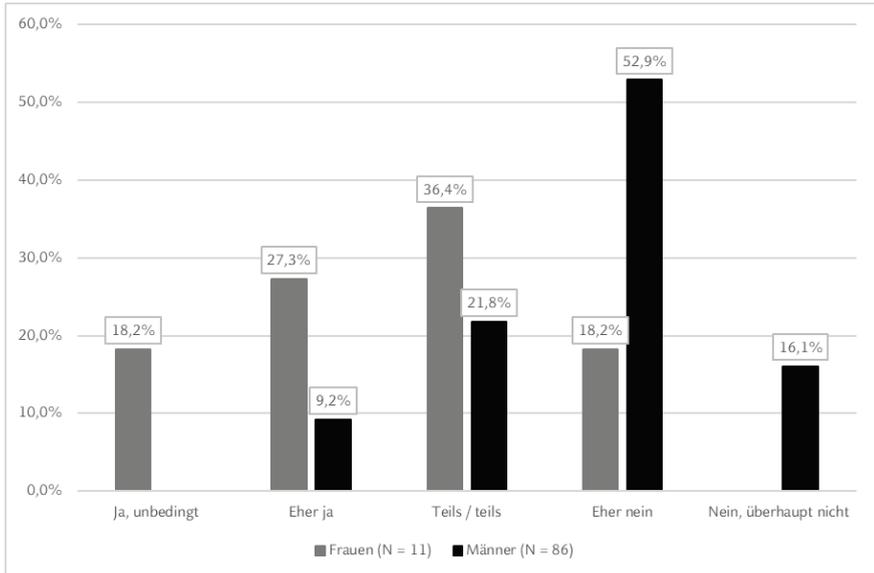
\* Effekte statistisch signifikant.

**Abbildung 2: „Halten Sie eine Quotenregelung für Frauen und Männer in der Politik für sinnvoll, um mehr Frauen in Mandate zu bringen?“ (Bündnis 90/Grüne)**



Quelle: Eigene Erhebung

**Abbildung 3: „Halten Sie eine Quotenregelung für Frauen und Männer in der Politik für sinnvoll, um mehr Frauen in Mandate zu bringen?“ (CDU)**



Quelle: Eigene Erhebung

Deutlich ausgeprägter ist der Geschlechterunterschied bei der Union. Fast 70% der Männer lehnen die Quote (eher) ab, aber nur 18% der Frauen sind gegen die

Quote eingestellt. Allerdings fordern die Frauen auch nicht mehrheitlich die Einführung der Quote. Das zeigt also weiterhin eine niedrige Akzeptanz von Quoten, was sicherlich auch eine Ursache dafür ist, dass es in der CDU schwer ist Quotenregelungen durchzusetzen. Die Frauen sind sich nicht einig und die Männer sind deutlich dagegen – sicherlich keine guten Konstellationen für innerparteiliche Frauenförderung und Reformen. Zugleich wird damit der Befund aus der internationalen Genderforschung belegt, dass konservative Frauen sich schwerer damit tun, explizit feministische Statements zu unterstützen (Celis/Childs 2012).

Auch die anderen normativen Forderungen hängen im hoch signifikanten Maße vom Geschlecht und von der Parteirichtung ab, wobei nur in einem Fall auch die Gemeindegröße eine Rolle spielt (vgl. insgesamt: Tabellen 5-8 und für ein Item bei B 90/Grüne vs. CDU: Abbildungen 4 und 5).

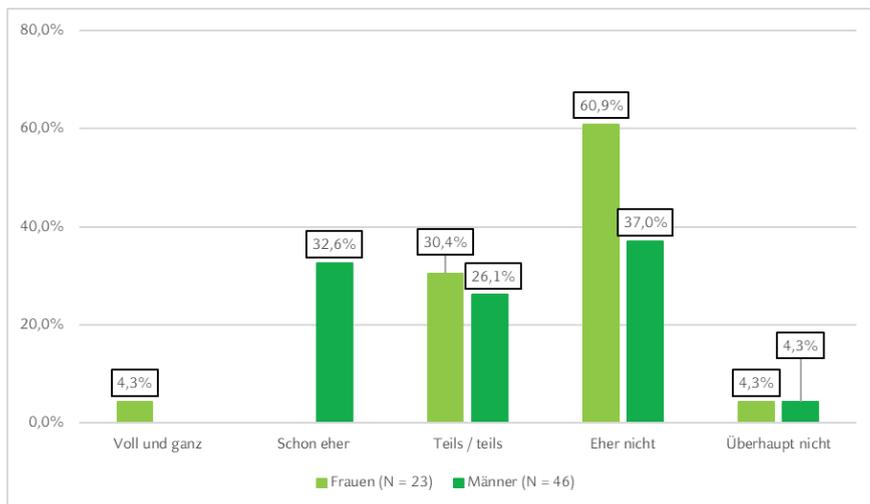
Tabelle 5: „Im Großen und Ganzen sind Frauen und Männer heute gleichberechtigt.“

	Koeffizient	Signifikanz
<b>Geschlecht</b>	1,526	.000*
<b>Links-Rechts-Dimension</b>	0,489	.000*
<b>Einwohnerzahl der Kommune</b>	0,034	.747

Quelle: Eigene Erhebung, N = 551, gültige N = 547

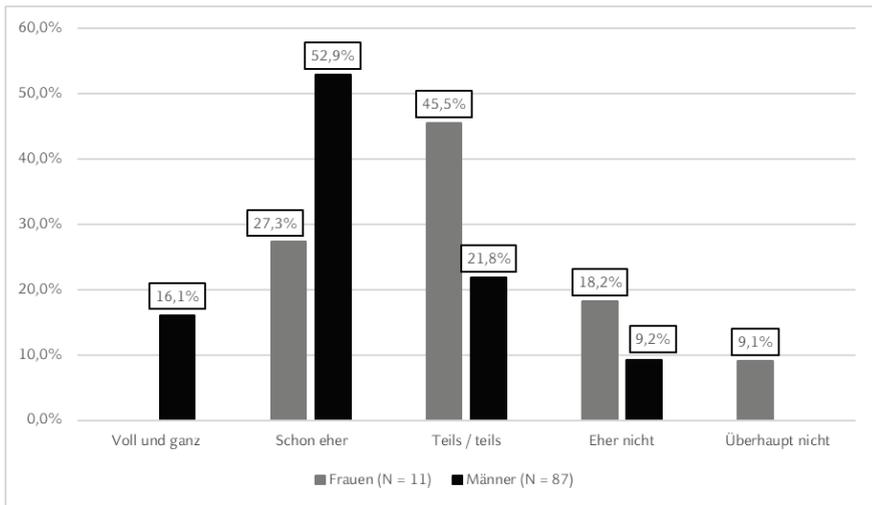
\* Effekte statistisch signifikant.

Abbildung 4: „Im Großen und Ganzen sind Frauen und Männer heute gleichberechtigt.“ (Bündnis 90/Grüne)



Quelle: Eigene Erhebung

Abbildung 5: „Im Großen und Ganzen sind Frauen und Männer heute gleichberechtigt.“ (CDU)



Quelle: Eigene Erhebung

So sehen Männer der CDU die Gleichberechtigung zu nahezu 70% im Großen und Ganzen als (eher) erreicht an, während Männer der Bündnisgrünen nur zu knapp 33% zustimmen. Dagegen erkennen Frauen der Bündnisgrünen zu 65% (eher) keine Gleichberechtigung, wogegen nur 27% der CDU-Frauen diese Einschätzung teilen. Allerdings erkennt auch keine Frau der CDU eine bereits vollständige Gleichberechtigung. Dieses Ergebnis spricht erneut für eine eingeschriebene Parteiidentität beider Parteien im Umgang mit Frauen.

Tabelle 6: „Die Politik sollte sicherstellen, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen haben.“

	Koeffizient	Signifikanz
<b>Geschlecht</b>	-1,023	.014*
<b>Links-Rechts-Dimension</b>	-0,551	.000*
<b>Einwohnerzahl der Kommune</b>	0,215	.102

Quelle: Eigene Erhebung, N = 551, gültige N = 548

\* Effekte statistisch signifikant.

Tabelle 7: „Haben Sie den Eindruck, dass die Perspektiven und Anliegen von Frauen in der Politik genügend berücksichtigt werden?“

	Koeffizient	Signifikanz
<b>Geschlecht</b>	-1,916	.000*
<b>Links-Rechts-Dimension</b>	-0,716	.000*
<b>Einwohnerzahl der Kommune</b>	0,081	.490

Quelle: Eigene Erhebung, N = 551, gültige N = 531

\* Effekte statistisch signifikant.

Tabelle 8: „Würden Sie als zukünftige\_r Bürgermeister\_in gerne mehr für Frauen in Ihrer Gemeinde tun als bisher?“

	Koeffizient	Signifikanz
<b>Geschlecht</b>	-1,916	.000*
<b>Links-Rechts-Dimension</b>	-0,716	.000*
<b>Einwohnerzahl der Kommune</b>	0,081	.490

Quelle: Eigene Erhebung, N = 551, gültige N = 511

\* Effekte statistisch signifikant.

In unserem Forschungsprojekt spiegeln sich in Teilen also bisherige Erkenntnisse der Forschung zur substanziellen Repräsentation auf Ebene der kommunalen Exekutive wider (vgl. auch Blome/Fuchs 2017), wobei wir diese mit multivariaten Analysen auf eine solidere Basis gestellt haben. Neue Befunde haben wir insbesondere zu feministischen Positionen von Kommunalpolitiker\_innen erzielt, die bisher in Untersuchungen zu Deutschland weitgehend ausgeblendet wurden. Gerade bei diesen Positionierungen haben wir aber die stärksten Unterschiede zwischen den Geschlechtern gefunden, bei denen zugleich ein starker Effekt der politischen Richtung der Parteien besteht.

Insgesamt hat sich gezeigt, dass Frauen in der CDU keine Garanten für die Einführung und die Beobachtung der Einhaltung von Quoten bzw. Quoren sind, und dass CDU-Männer offenbar nicht verstehen, wozu man eine Quote brauchen könnte (bei bereits wahrgenommener erreichter Gleichstellung) bzw. sie zum Teil entschieden ablehnen. Bei den Grünen scheint demgegenüber mit großer Mehrheit, auch unter den Männern, die Quote als wichtig angesehen zu werden, um die von ihnen beobachtete soziale Ungleichheit zu reduzieren.

#### 4. Fazit & Forschungsperspektiven

Die Ergebnisse der Bürgermeisterbefragung decken sich weitgehend mit den bisherigen Erkenntnissen der politikwissenschaftlichen Genderforschung zur substanziellen Repräsentation, wobei dies bisher in bundesdeutschen Kommunen nur für die Kinderbetreuungskosten empirisch belegt wurde.

Signifikante Unterschiede zwischen den Haltungen und Positionen von Männern und Frauen konnten bei den betrachteten Items teilweise nachgewiesen werden. Tendenziell priorisieren Frauen eher sog. „weiche Politikfelder“ (Hoecker 2009: o.S.). Insbesondere konnte in unserer empirischen Analyse gezeigt werden, dass BM-Kandidatinnen (unter Kontrolle der Gemeindegröße und politischen Richtung) eher weniger für die Männerdomäne der Wirtschaftsförderung ausgeben wollen als ihre männlichen Kollegen und dafür stärker den ÖPNV ausbauen wollen, der bei einem Ausbau eher den weiblichen Mobilitätsbedarfen entspricht. Dies gilt sicherlich v.a., wenn Familien sich aufgrund eines geringen Einkommens

den Unterhalt von zwei Autos nicht leisten können (Intersektionalität von Gender & Klasse) bzw. dann andere schmerzhaft Einschränkungen bei Kultur, Urlaub, Bildung etc. hinnehmen müssten. Deutlich wurde auch, dass Parteien bei den Ausgabepräferenzen durchaus einen Unterschied machen, wie es bei den stark konkurrenzdemokratischen Kommunen in NRW zu erwarten war. Ob das allerdings tatsächlich ihren Niederschlag im Haushaltsplan findet, ist bei der Parteidifferenz und der Geschlechterdifferenz durchaus kritisch zu diskutieren. Gerade die NRW-Kommunen haben über Jahrzehnte immer mehr Kassenkredite angehäuft und die Haushaltsaufsicht ist immer stärker gegen die Kommunen vorgegangen, bis hin zur Bestellung von vier Staatskommissaren (Holtkamp 2017), die den Stadtrat bei der Entscheidungsfindung zeitweise ersetzt haben. Zudem haben wir nur die Bürgermeisterkandidaturen untersucht, die häufiger nach einer siegreichen Wahl auf die Stadträte angewiesen sind. Allerdings sind die späteren Bürgermeister\_innen wohl etwas freier gegenüber ihren Parteien (sie können erfolgreich wieder als Einzelbewerber kandidieren, selbst wenn die Partei sie nicht mehr aufstellen will) als das für gewählte Parlamentarierinnen gilt, sodass in dieser Hinsicht der Spielraum für substantielle Repräsentation größer sein könnte. US-amerikanische Studien deuten so auch darauf hin, dass Bürgermeisterinnen einen deutlich größeren Einfluss auf die substantielle Repräsentation haben als der Frauenanteil im Stadtrat (Holman 2014). Bürgermeisterinnen sind also ein zentraler „critical actor“ (Childs/Krook 2009: 125) zur Erhöhung der substantiellen Repräsentation von Frauen.

In unserer Kandidaturbefragung werden aber vor allem die feministischen Themenstellungen von weiblichen und männlichen Kandidierenden sehr unterschiedlich bewertet, wonach Frauen sowohl die Frage nach gegenwärtiger Gleichberechtigung als auch nach ausreichender Beachtung von Fraueninteressen durch die Politik als deutlich weniger gegeben bewerten als Männer. Der Einsatz der Politik für Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern wird zwar von beiden Geschlechtern als eher wichtig erachtet, die Anteile bei Frauen, die dies für sehr wichtig halten, sind jedoch deutlich höher als bei Männern und allein bei Männern finden sich anteilig Personen, die hier negativ eingestellt sind. Als potenzieller Lösungsansatz für die fehlende personelle Repräsentanz in Ämtern, Funktionen und Mandaten wird oftmals über eine Quotenregelung diskutiert. Hierzu sind weibliche Kandidierende in unserem Sample deutlich stärker positiv eingestellt als männliche Befragte.

Damit haben wir die erste Studie zu feministischen Positionen in Deutschland zu Kommunalpolitiker\_innen vorgelegt, die mehrfach hoch signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen feststellte und selbst bei konstant gehaltenen Parteidifferenzen und Gemeindegrößen bestehen blieben. Dass diese Effekte so deutlich auftraten, hat unsere Einschätzungen bei den feministischen Positionen sogar übertroffen (vgl. zu ähnlichen Befunden zu Parlamenten in der

Schweiz Lloren 2015). Das zeigt, wenn mehr Frauen in der Kommunalpolitik engagiert sind, dies wahrscheinlich noch mehr weibliche Kandidaturen nach sich ziehen könnte und eine Umsetzung der Parteiquoten wahrscheinlicher macht, zumal sich das Interesse vieler Frauen auch innerparteilich darauf fokussieren dürfte. Das gilt allerdings nur sehr bedingt für die CDU, weil hier die Frauen gegenüber der Quote nicht so aufgeschlossen und die Männer deutlich dagegen sind. Hierin spiegeln sich die internationalen Befunde zu Frauen in konservativen Parteien. Sie leisten zwar einiges für die substanzielle Repräsentation von Frauen, sind aber seltener Vertreterinnen feministischer Positionen, so wie es z.B. auch für Angela Merkel hervorgehoben wird (Ahrens/Lang 2022: 14).

An diese Untersuchungsergebnisse anknüpfend wären aus unserer Sicht drei Forschungsperspektiven bzw. Untersuchungsdesigns zielführend, um weitere Forschungslücken zu schließen:

Erstens sollte untersucht werden, ob die unterschiedlichen Ausgabenpräferenzen der Geschlechter auch tatsächlich umgesetzt werden, wenn Bürgermeisterinnen und weibliche Ratsmitglieder gewählt werden. Dabei wird es sicher nicht ausreichen, nur die Haushaltsdaten zu untersuchen, die von einem sehr komplizierten Ursachegeflecht beeinflusst werden und häufig gegenüber der Haushaltsaufsicht „geschönt“ werden, um starken Eingriffen durch symbolische Haushaltspolitik zu entgehen (Holtkamp 2017). Die Wahrscheinlichkeit von Scheinkorrelationen ist hoch und deshalb müssen die Untersuchungen auf der Akteursebene ansetzen, um zu belegen, dass Frauen sich in Ratsdebatten und Ausschussberatungen für diese politische Prioritäten ausgesprochen haben. Das wurde bisher nur für die Kinderbetreuungskosten in Deutschland überzeugend nachgewiesen (Baskaran/Hessami 2019), während dies in anderen Politikfeldern noch zu untersuchen wäre. Das gilt insbesondere auch für die Interaktion zwischen Bürgermeisterinnen und dem Anteil der weiblichen Ratsmitglieder.

Zweitens wäre es reizvoll, die Interessen und Präferenzen von Wählerinnen zu untersuchen und nicht nur indirekt herzuleiten, wie wir es in dieser Untersuchung getan haben. Inwieweit diese, dann empirisch ermittelten, Präferenzen der Wählerinnen mit denen der Kandidatinnen übereinstimmen, wäre in Responsivitätsuntersuchungen zu ergründen, die bisher in deutschen Kommunen noch nicht aus der Perspektive der Genderforschung durchgeführt wurden (vgl. zu kommunalwissenschaftlichen Untersuchungen bereits Holtkamp 2002). Diese Untersuchungen sind allerdings nur mit einem vielfach höheren Forschungsbudget im Vergleich zu unserer Kandidatenbefragung durchführbar.

Schließlich wäre es interessant, zu analysieren, wie sich die gravierenden Unterschiede bei den feministischen Positionen auf das Nominierungsverhalten der Parteiführung (auch nach Geschlecht) und auf die inhaltliche Diskussion in Partei und Stadtrat auswirken. Hier wäre sicherlich auch nach Parteien mit und ohne

Quote zu unterscheiden, die schon bei den feministischen Positionen ganz erhebliche Differenzen zeigten (sowohl bei Frauen als auch bei Männern), wie insbesondere beim Vergleich von Grünen und der CDU deutlich geworden ist. So ließe sich analysieren, wie die Umsetzung der Quoten und Quoren möglicherweise durch die Parteifrauen „überwacht“ werden, was eine wichtige Erklärung für die Implementation von Quoten ist, die in den Kommunen keineswegs die Regel sind (Holtkamp/Schnittke 2010). Nur wenn sich Frauen zur Kandidatur melden und notfalls auf die dann bindenden Quotenregelungen (bei SPD, Linke und Grünen) hinweisen, ist auch die Umsetzung der Quoten, zumindest bei den Ratsmandaten, zu erwarten. Das kann mittelfristig dann auch zu einer höheren deskriptiven Repräsentanz von Bürgermeisterinnen führen, wie es beispielsweise für französische Kommunen, bei (indirekt) gewählten Bürgermeisterinnen, gezeigt wurde (EAF 2021: 14).

## Literatur

- Ahrens, Petra/Lang, Sabine (2022): Angela Merkel and the CDU Quota Curse. In: *German Politics* 31/1: 1-19.
- Bailer, Stefanie/Breunig, Christian/Giger, Nathalie/Wüst, Andreas M. (2021): The Diminishing Value of Representing the Disadvantaged: Between Group Representation and Individual Career Paths. In: *British Journal of Political Science* First View o. Nr.: 1-18.
- Baraldi, Anna Laura/Ronza, Carla (2019): Organized crime and women in politics: Evidence from a quasi-experiment in southern Italy. München.
- Baskaran, Thushyanthan/Hessami, Zohal (2019): Competitively Elected Women as Policy Makers. o.O.
- Becker, Ruth (2008): Raum: Feministische Kritik an Stadt und Raum. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden: 798-811.
- Besley, Timothy/Folke, Olle/Persson, Torsten/Rickne, Johanna (2017): Gender Quotas and the Crisis of the Mediocre Man: Theory and Evidence from Sweden. *American Economic Review* 107/8: 2204-2242.
- Best, Rebecca H./Shair-Rosenfield, Sarah/Wood, Reed M. (2019): Legislative Gender Diversity and the Resolution of Civil Conflict. In: *Political Research Quarterly* 72/1: 215-228.
- Bick, Naomi (2019): Women's representation and European green parties: unlocking the connection. In: *International Feminist Journal of Politics* 21/5: 789-813.

- Bieber, Ina E. (2013): Frauen in der Politik. Einflussfaktoren auf weibliche Kandidaturen zum Deutschen Bundestag. Wiesbaden.
- Blome, Agnes/Fuchs, Gesine (2017): Macht und substantielle Repräsentation von Frauen. In: *Femina Politica* 26/1: 55-69.
- Brieger, Steven A./Terjesen, Siri A./Hechavarría, Diana M./Welzel, Christian (2019): Prosociality in Business: A Human Empowerment Framework. In: *Journal of Business Ethics* 159/2: 361-380.
- Brunsbach, Sandra (2011): Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Deutschen Bundestag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42/1: 3-24.
- Celis, Karen/Childs, Sarah (2012): The Substantive Representation of Women: What to Do with Conservative Claims? In: *Political Studies* 60/1: 213-225.
- Celis, Karen/Childs, Sarah (2018): Conservatism and Women's Political Representation. In: *Politics & Gender* 14/Special Issue 1: 5-26.
- Childs, Sarah/Krook, Mona Lena (2009): Analyzing Women's Substantive Representation: From Critical Mass to Critical Actors. In: *Government and Opposition* 44/2: 125-145.
- Coffé, Hilde/Davidson-Schmich, Louise K. (2020): The gendered political ambition cycle in mixed-member electoral systems. In: *European Journal of Politics and Gender* 3/1: 79-99.
- Croson, Rachel/Gneezy, Uri (2009): Gender Differences in Preferences. In: *Journal of Economic Literature*. 47/2: 448-474.
- EAF 2021: Mayoress! Women in Local Leadership- Ergebnisse und Empfehlungen eines EU-Projekts, Berlin.
- Elsässer, Lea/Schäfer, Armin (2018): Die politische Repräsentation von Frauen und der Umbau des Sozialstaats. In: *Politische Vierteljahresschrift* 59/4: 659-680.
- Erzeel, Silvia/Celis, Karen (2016): Political Parties, ideology, and the substantive representation of women. In: *Party Politics* 22/5: 576-586.
- Falk, Armin/Hermle, Johannes (2018): Relationship of gender differences in preferences to economic development and gender equality. In: *Science*. 362/6412: o.S.
- Fuchs, Gesine (2020): Politische Partizipationsforschung und Geschlecht – Eine Reflexion. In: Beck, Dorothee/Henninger, Annette (Hg.): *Konkurrenz für das Alphamännchen. Politische Repräsentation und Geschlecht*. Roßdorf: 250-266.
- Herrero-Gutierrez, Francisco-Javier/Simelio, Núria/Puertas, Lara Carrascosa (2021): Women Mayors in Spain: An Analysis of Gender Differences in the Manage-

- ment and Quality of Information on Municipal Websites. In: *Social Sciences* 10/4: 128.
- Hessami, Zohal/Lopes da Fonseca, Mariana (2020): Female Political Representation and Substantive Effects on Policies: A Literature Review. *European Journal of Political Economy* 63: o.S.
- Hierath, Bettina (2001): Repräsentation und Gleichheit. Neue Aspekte der politikwissenschaftlichen Repräsentationsforschung. Opladen.
- Hoecker, Beate (2009): Frauen in der Politik. Unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49362/frauen-in-der-politik> (abgerufen am 01.04.2021).
- Holman, Mirya R. (2014): Sex and the City: Female Leaders and Spending on Social Welfare Programs in U.S. Municipalities. In: *Journal of Urban Affairs* 36/4: 701-715.
- Holman, Mirya R. (2017): Women in Local Government: What We Know and Where We Go from Here. In: *State and Local Government Review* 49/4: 285-296.
- Holtkamp, Lars (2002): Das Verhältnis von Bürgern und Bürgermeistern, in: Andersen, Uwe / Bovermann, Rainer (Hg.): *Kommunalwahl 1999 in NRW – Im Westen was Neues*. Opladen: 235-253.
- Holtkamp, Lars (2017): *Formen kommunaler Demokratie. Direkt – Repräsentativ – Kooperativ*. Frankfurt a.M.
- Holtkamp, Lars/Schnittke, Sonja (2010): *Die Hälfte der Macht im Visier – Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen*. Berlin.
- Holtkamp, Lars/Garske, Benjamin/Wiechmann, Elke (2020): Die Wahl von Bürgermeister\_innen in Deutschland – Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen. In: *Gender* 12/1: 127-145.
- Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke (2022): Einleitung Frauenunterrepräsentanz in der Politik – Empirischer Forschungsstand und theoretische Erklärungsansätze. In: Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke (Hg.): *Der politische Gender Gap – Analysen kommunaler und nationaler Repräsentation*. Hagen: o.S. (im Erscheinen).
- Höhmann, Daniel (2021): *Electoral Incentives, Critical Actors, and the Substantive Representation of Women in Parliament*. Dissertationsschrift. Bamberg.
- Höhne, Benjamin (2019): Politik ist (k)ein Männergeschäft? Eine genderfokussierte Analyse der parteilichen Kandidierenden-Auswahl zu Bundestagswahlen. In: *böll.brief Demokratie & Gesellschaft # 11*. Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin. DOI: 10.25530/03552.2.

- Höhne, Benjamin (2020): Mehr Frauen im Bundestag? Deskriptive Repräsentation und die innerparteiliche Herausbildung des Gender Gaps. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 51/1: 105-125.
- Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. (o.J.): Komm, mach MINT-Datentool. Unter: <https://www.komm-mach-mint.de/service/mint-daten-tool> (abgerufen am 18.11.2021).
- Krook, Lena Mona/Zetterberg, Pär (2014): Introduction: Gender Quotas and Women's Representation – New Directions in Research. In: Representation 50/3: 287-294.
- Laskowski, Ruth (2014): Pro Parité: Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigten Gesetze und keine gleichberechtigte Gesellschaft! Eine juristische Streitschrift für ein modernes Wahlrecht. In: djbz – Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 17/3: 93-103.
- Levine, Mark/Manning, Rachel (2014): Prosoziales Verhalten. In: Jonas, Klaus/Stroebe, Wolfgang/Hewstone, Miles (Hg.): Sozialpsychologie. Wiesbaden: 357-400.
- Lloren, Anouk (2015): Women's substantive representation: defending feminist interests or women's electoral preferences? In: The Journal of Legislative Studies, 2015, vol. 21, no.: 144-167
- Lovenduski, Joni/Norris, Pippa (2003): Westminster Women: the Politics of Presence. In: Political Studies 51/1: 84-102.
- Mahler Walther, Kathrin/Lukoschat, Helga (2020): Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Berlin.
- Mansbridge, Jane (1999): Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent "Yes". In: The Journal of Politics. 61/3: 628-657.
- Mendelberg, Tali/Karpowitz, Christopher F. (2017): Power, Gender, and Group Discussion. In: Advances in Political Psychology 37/S1: 23-60.
- Najemnik, Nicole (2021): Frauen im Feld kommunaler Politik. Eine qualitative Studie zu Beteiligungsbarrieren bei Online-Bürgerbeteiligung. Wiesbaden.
- Norris, Pippa (2004): Electoral Engineering – Voting Rules and Political Behavior. Cambridge.
- O'Brien, Diana Z./Piscopo, Jennifer M. (2018): The Impact of Women in Parliament. In: Susan Franceschet, Susan/Krook, Mona Lena/Tan, Netina (Hg.): The Palgrave Handbook of Women's Political Rights. London: 53-72.
- Phillips, Anne (1995): The Politics of Presence. Oxford/New York.

- Ranehill, Eva/Weber, Roberto A. (2017): Do gender preference gaps impact policy outcomes? Zürich.
- Riethmüller, Felicitä (2021): Geschlechterungleichheit bei der Besetzung von Ministerposten: Eine Untersuchung anhand der deutschen Bundesländer. DNGPS Working Paper: 1-24.
- Rückert-John, Jana/Martens, Theresa/John, René/Alber, Gotelind/Röhr, Ulrike/Weller, Ines/Tippe, Mareike (2020): Abschlussbericht. Vorlaufforschung: Interdependente Genderaspekte der Bedürfnisfelder Mobilität, Konsum, Ernährung und Wohnen als Grundlage des urbanen Umweltschutzes. Gender Mainstreaming für eine zielgruppenspezifischere, effektivere urbane Umweltforschung. Dessau-Rosslau.
- Sauer, Birgit (2011): „Only paradoxes to offer?“ Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der „Postdemokratie“. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 40/2: 125-138.
- Schneider, Monica C./Holman Mirya R./Diekman, Amanda B./McAndrew, Thomas (2015): Power, Conflict, and Community: How Gendered Views of Political Power Influence Women's Political Ambition. In: Political Psychology 37/4: 515-531.
- Tausendpfund, Markus/Vetter, Angelika (2017): Kommunalpolitiker und lokaler Kontext: Fragen, Methoden, Befunde. In: Tausendpfund, Markus/Vetter, Angelika (Hg.): Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich. Wiesbaden: 1-31.
- Wängnerud, Lena (2009): Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation. In: Annual Review of Political Science 12: 51-69.
- Wängnerud, Lena (2018): Moving Beyond Categorical Measures of Gender in Corruption Research. Göteborg.
- Wiechmann, Elke (2019): Politische Repräsentanz von Frauen im Wandel? Essay. Unter: <https://regierungsforschung.de/politische-repraesentanz-von-frauen-im-wandel/> (abgerufen am 08.12.2021).
- Wiechmann, Elke (2020): Frauen in der Politik. In: von Miquel, Beate (Hg.): Geschlecht. Politik. Partizipation. NRW auf dem Weg zur Parität. Tagungsdokumentation. Essen: 9-19.
- Wilde, Gabriele/Bomert, Christiane (2019): Politikwissenschaft: feministische Positionen, Debatten und aktuelle Entwicklungen. In: Kortendiek, Beate/Birgit Riegraf/Sabisch, Katja (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden: 663-671.